

**Motion SVP-Fraktion:
«Überwachung und Steuerung der Staatsbeiträge»**

Nur ein finanziell gesunder Staat ist ein sozialer Staat und kann den Bürgerinnen und Bürgern gute Leistungen bieten. Eine stabile Finanzlage und eine solide, nachhaltige Finanzpolitik erhöhen die Attraktivität des Staats für Bevölkerung und Wirtschaft. So soll auch der Kanton einen stets ausgeglichenen Staatshaushalt anstreben. Das heisst: Er gibt nicht mehr aus, als er einnimmt, und priorisiert Leistungen.

Der Kanton soll seine finanziellen Mittel in überzeugende und nachhaltige Projekte zugunsten der Bevölkerung und Unternehmen investieren. Der Kanton soll auch seine Unabhängigkeit von externen Geldquellen stärken, seine finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten und gute Rahmenbedingungen für die Einwohner und niedergelassenen Unternehmen schaffen.

Dessen bewusst hielt die Regierung im Geschäft 33.24.04A «Langfristige Finanzperspektiven 2023» fest, dass der laufenden Überwachung und Steuerung der Staatsbeiträge im Rahmen der jährlichen Budget- und AFP-Prozesse grosse Beachtung zu schenken sei. Auf Staatsbeiträge, die über mehrjährige Leistungsaufträge gesteuert werden, sei ein spezieller Fokus zu legen. Dabei sei das Kriterium der Wesentlichkeit zu beachten.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf eines Nachtrags zum Staatsverwaltungsgesetz zu unterbreiten, der vorsieht, dass die Regierung in der Vorlage zu finanzrelevanten Erlassen an den Kantonsrat – insbesondere jene, die neue Staatsbeiträge nach sich ziehen – im Rahmen der Botschaft auch Angaben macht, mit welchen Effizienzsteigerungen und Einsparungen in bestehenden Aufgabengebieten die finanzrelevanten Zusatzaufwendungen finanziert bzw. kompensiert werden.

2. Mai 2024

SVP-Fraktion